

223 **2. Für soziale Gerechtigkeit und selbstbestimmtes Leben**

224 Für DIE LINKE gehört der Kampf um soziale Gerechtigkeit und ein selbstbestimmtes Leben zu den
225 unverwechselbaren Grundwerten. Trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs der letzten Jahre ist
226 Leipzig im bundesweiten Vergleich weiterhin eine Armutshochburg, viele Menschen leben hier unter
227 prekären Bedingungen. Die soziale Spaltung der Stadtgesellschaft vertieft sich laut dem Leipziger
228 Sozialreport 2017. Damit untrennbar verknüpft sind Folgewirkungen wie beispielsweise die
229 kontinuierlich steigenden Ausgaben für die Hilfen zur Erziehung. Signifikant ist auch der direkte
230 Zusammenhang zwischen einer hohen Quote an Kinderarmut, Arbeitslosigkeit und
231 Einkommensarmut mit dem deutlich geringen Anteil für gymnasiale Bildungsempfehlungen. Nach
232 Instrumenten und Handlungskonzepten zur Gegensteuerung sucht man oft vergeblich, wobei wir
233 wissen, dass die sozialpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten durch die vorherrschende neoliberale
234 Bundes- und Landespolitik begrenzt sind. Gerade deshalb brauchen wir in Leipzig eine nachhaltige
235 Sozialpolitik, die den Anforderungen einer wachsenden Stadt gerecht wird und insbesondere freie
236 Träger angemessen fördert.

237 **2.1. Stadtgesellschaft sozial und gerecht**

238 Aktive kommunale Sozialpolitik muss sich an alle Leipzigerinnen und Leipziger richten und sie so in
239 das Streben nach einer solidarischen und inklusiven Stadtgesellschaft einbeziehen. In diesem
240 umfassenden Sinne verstehen wir Sozialpolitik nicht bloß als Reparaturbereich für prekäre
241 Lebenslagen, Existenznöte oder soziale Konflikte. Auch wer über ein gutes Einkommen verfügt, darf
242 sich nicht abschotten und sollte an einer Stadt interessiert sein, die endlich das Stigma der
243 sächsischen Armutshauptstadt ablegen kann.

244 Die LINKE tritt vor allem für Menschen ein, die gegenwärtig am Rande unserer Gesellschaft leben
245 müssen und deren Lage sich in den letzten Jahren nicht oder kaum verbessert hat. Wesentlich dafür
246 verantwortlich sind nach wie vor die unsäglichen Hartz IV-Regelungen, die dringend abgeschafft
247 werden müssen, auch wenn das nur per Bundesgesetz geht. Viele der Betroffenen haben sich
248 zurückgezogen. Wir möchten gerade diese Menschen ermutigen, ihre Resignation zu überwinden,
249 um den Druck für notwendige politische Veränderungen zu erhöhen.

250 Es ist unübersehbar: die Zahl der in Leipzig lebenden Migrantinnen und Migranten wächst. Nicht
251 nur Geflüchtete, sondern vor allem Menschen aus EU-Staaten und Familienangehörige von bereits
252 hier lebenden Migrantinnen und Migranten finden den Weg, um in unserer zunehmend bunteren
253 Stadt zu leben. Diese Entwicklung stellt sowohl Chance als Herausforderung dar. Migrantinnen und
254 Migranten sind in vielen Fällen stärker von Armut, Benachteiligung und Diskriminierung betroffen.
255 Ziel muss es sein, Barrieren und Hemmnisse abzubauen und ein friedliches, vielfältiges
256 Zusammenleben aller Menschen in der Stadt zu ermöglichen.

257 Wir setzen uns deshalb ein für:

- 258 • einen vom Freistaat Sachsen zu finanzierenden gerechten Sozillastenausgleich zwischen
259 den Regionen und Kommunen zur Überwindung der finanziellen Benachteiligung der Stadt
260 Leipzig, insbesondere gegenüber der Landeshauptstadt Dresden
- 261 • bezahlbare Versorgung (Strom, Gas, Heizung, Wasser usw.) auch für einkommensschwache
262 Haushalte
- 263 • eine Anhebung der Sockelfinanzierung und automatische Steigerung des Budgets für freie
264 Träger im Sozialbereich, insbesondere zur tarifgerechten Entlohnung der Beschäftigten und
265 zur Bekämpfung des Niedriglohnssektors

- 266 • Sicherung und weitere Ausgestaltung des Leistungsangebotes des Leipzig-Passes, u. a.
267 dessen Ausweitung auf Menschen im Niedriglohnbereich
- 268 • die jährliche Dynamisierung der Richtwerte bei den Kosten der Unterkunft (KdU) für SGBII-
269 Betroffene sowie Bezieherinnen und Bezieher von Grundsicherung im Alter und bei
270 Erwerbsminderung zur Vermeidung von Zwangsumzügen und Sozialgerichtsklagen
- 271 • die Weiterentwicklung des Sozialreports zu einer Sozialberichterstattung mit konkreter
272 Handlungs- und Zielperspektive für die Sozialpolitik
- 273 • Verbesserung der sozialen Integration der Geflüchteten in die Stadtgesellschaft durch mehr
274 dezentrale Sozialarbeit
- 275 • eine interkulturelle und familienpezifische Öffnung der städtischen Behörden,
276 Eigenbetriebe und Beteiligungsunternehmen durch regelmäßige verpflichtende
277 Fortbildungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie entsprechende
278 Einstellungskriterien in der Stadtverwaltung (Fremdsprachenkenntnisse usw.).

279 **2.2. Unsere Zukunft – Kinder und Jugendliche**

280 Leipzig muss seinem selbst gewählten Anspruch, eine kinder- und jugendfreundliche Stadt zu sein,
281 noch offensiver Rechnung tragen. Sehr erfreulich ist, dass seit Jahren deutlich mehr Kinder geboren
282 werden und junge Familien verstärkt ihren Wohnsitz in Leipzig nehmen. Daraus erwachsen unserer
283 Stadt jedoch vielfältige Herausforderungen, die in ihrer ganzen Vielfalt erkannt und bewältigt
284 werden müssen. Unser Anspruch ist es, allen Kindern und Jugendlichen unabhängig von der
285 Einkommens- und Vermögenslage der Eltern eine gute Perspektive in unserer Heimatstadt zu
286 geben. Das ist gegenwärtig aber leider für viele noch nicht gegeben; fast ein Viertel der Kinder sind
287 unmittelbar von Armut betroffen. Für uns sind Kinder und Jugendliche sowohl Gegenwart als auch
288 Zukunft der Stadtgesellschaft. Jedes Kind hat ein Recht auf die Chance, sich seinen Bedürfnissen,
289 Fähigkeiten und Interessen entsprechend zu entwickeln.

290 **2.2.1. Eine gute Kita-Betreuung für alle Kinder**

291 Vor dem Hintergrund des Rechtsanspruchs auf einen Kindertagesstättenplatz für Kinder ab dem
292 vollendeten ersten Lebensjahr ist ein bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Angebot an
293 Plätzen ein wichtiges Kriterium für eine kinder- und familienfreundliche Stadt. Kitas leisten einen
294 wesentlichen Beitrag zur frühkindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung und zur Vereinbarkeit von
295 Familie und Beruf. Trotz großer Anstrengungen in der Stadt beim Kitaplatzausbau konnten die
296 Versäumnisse der vergangenen Jahre bis jetzt nicht kompensiert werden. Es bleibt deshalb auch
297 aufgrund der seit Jahren steigenden Geburtenzahlen vordringliche Aufgabe, weitere Plätze zu
298 schaffen. Um die Qualitätsentwicklung systematisch umsetzen zu können und vergleichbare
299 Bildungschancen für alle Kinder zu gewähren, ist es zudem erforderlich, die personellen
300 Rahmenbedingungen wesentlich zu verbessern.

301 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 302 • die Realisierung des Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz für jedes Kind bis zur Einschulung
303 und die Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Hortplatz während des
304 Grundschulbesuches
- 305 • die Gewährleistung des Wunsch- und Wahlrechtes der Eltern bei der Kitaplatzsuche, vor
306 allem im Hinblick auf verschiedene pädagogische Konzepte und eine wohn- oder
307 arbeitsortnahe Versorgung

- 308 • die Realisierung der kostenfreien Kita-Betreuung für alle Kinder bei Kostenausgleich durch
- 309 den Freistaat Sachsen
- 310 • die besondere Förderung benachteiligter Kinder und Jugendlicher zum Beispiel durch die
- 311 Ermöglichung kostenfreier, gesunder Mittagessenversorgung
- 312 • den weiteren gezielten Abbau des Investitionsstaus in zahlreichen Einrichtungen unter
- 313 Nutzung von Förderprogrammen
- 314 • mehr neue Einrichtungen als bisher in städtischer Verantwortung, um mittel- und langfristig
- 315 den Haushalt der Stadt weniger zu belasten
- 316 • die weitere Verbesserung der Kita-Platzvergabe über das Elternportal – die Vergabe muss
- 317 transparent, gerecht und nachvollziehbar erfolgen
- 318 • die Ausweitung von Bemühungen, geflüchtete Kinder durch niedrigschwellige
- 319 Einstiegsangebote und Sensibilisierung der Eltern stärker in die Kitabetreuung zu integrieren
- 320 • die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Bildung, Erziehung und Betreuung durch
- 321 kleinere Gruppen, einen deutlich verbesserten Betreuungsschlüssel und die Anrechnung von
- 322 Vor- und Nachbereitungszeiten für alle Erzieherinnen und Erzieher
- 323 • den weiteren Ausbau von Kindertagesstätten zu Kinder- und Familienzentren, die durch
- 324 bessere finanzielle und personelle Ausstattung ein Hauptaugenmerk auf Familienbildung,
- 325 Arbeit im Sozialraum und Integration legen können
- 326 • die Erweiterung von Kita-Sozialarbeit als präventives Angebot
- 327 • die Förderung von Elterninitiativen, die Kita gründen wollen und kleinen Kita-Trägern mit
- 328 spezifischen pädagogischen Konzepten
- 329 • die Schaffung weiterer inklusiver Kindertageseinrichtungen im Sinne der UN-
- 330 Behindertenrechtskonvention
- 331 • angemessene, verlässliche und gleiche Arbeitsbedingungen für das pädagogische Personal
- 332 in kommunaler und freier Trägerschaft entsprechend der gesetzlichen Regelungen
- 333 • eine bedarfsgerechte und attraktivere Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher.

334 **2.2.2. Für gute Schule und Bildung**

335 Längeres gemeinsames Lernen anstatt frühzeitiger Vorbestimmung des einzuschlagenden
 336 Bildungsweges bleibt die zentrale Bildungsbotschaft der LINKEN. Das gegliederte Schulwesen ist
 337 Ursache vieler bildungspolitischer Probleme wie Lehrermangel, zu wenig Zeit und Möglichkeiten für
 338 die Förderung von Schülerinnen und Schülern, Erschweren der Bildungsübergänge und die in der
 339 Praxis nicht gewährleistete Durchlässigkeit der Schularten untereinander.

340 Im Bildungsbereich schlagen sich die Probleme der wachsenden Stadt besonders nieder. Zuzüge
 341 aus dem Umland und der gesamten Bundesrepublik, anhaltend starke Geburtenzahlen, eine höhere
 342 Zahl an Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund führen zu höheren Jahrgangsstärken in
 343 den Leipziger Schulen. Unsere Stadt steht daher vor großen Herausforderungen im Schulbau, in der
 344 Sanierung und in der Werterhaltung der Schulen, Schulsporthallen und Freiflächen der Schulen. Bei
 345 der Lösung dieser Aufgaben bleiben Schüler- und Elternräte für uns auch weiterhin wichtige
 346 Partnerinnen und Partner.

347 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 348 • den Ausbau des kommunalen Schulnetzes, um die wohnortnahe Beschulung in allen
- 349 Schularten zu ermöglichen
- 350 • kleine Grundschulbezirke mit höchstens zwei Grundschulen

- 351 • die Unterstützung der Aktivitäten des Arbeitskreises Schule und Wirtschaft an Oberschulen,
352 die auf die berufliche Bildung orientieren und eine verstärkte Berufs- und
353 Studienorientierung an Gymnasien
- 354 • für eine ausreichende und bedarfsgerechte Anzahl von Berufsschulplätzen
- 355 • die schrittweise Umgestaltung der Schullandschaft hin zu einer Struktur, die längeres
356 gemeinsames Lernen ermöglicht
- 357 • die Unterstützung von unterschiedlichen Schulmodellen, in denen das längere gemeinsame
358 Lernen verwirklicht wird
- 359 • die Sicherung der maximalen Klassenstärken bis zu 24 Schülerinnen und Schüler, um
360 Inklusion (Kinder und Jugendliche mit besonderem Förderbedarf), Integration und
361 Wiederholungen zu sichern
- 362 • eine stärkere Förderung nachbarschaftlichen und partnerschaftlichen Lernens mit Kindern
363 und Jugendlichen aus geflüchteten Familien
- 364 • die gerechte Entlohnung von Lehrerinnen und Lehrern aller Schularten; keine Unterschiede
365 von angestellten und verbeamteten Lehrkräften
- 366 • die qualitative und quantitative Erweiterung der Ganztagsangebote (GTA) in allen Schularten
367 und deren auskömmliche Finanzierung und personelle Absicherung
- 368 • mindestens eine Schulsozialarbeiterin bzw. einen Schulsozialarbeiter an jeder Grund-,
369 Förder-, Ober- und Berufsschule der Stadt und die Etablierung von Schulsozialarbeit auch an
370 Gymnasien
- 371 • die bedarfsgerechte Beschäftigung und Erhöhung der Zahl der Schulpsychologen
- 372 • den Erhalt und Ausbau von Schulbibliotheken, Leseräumen und Lernwerkstätten sowie
373 Gewährleistung der personellen Ausstattung
- 374 • die konsequente Einhaltung der gesetzlich verbrieften Lehr- und Lernmittelfreiheit
- 375 • den erforderlichen Netzausbau an Schulen aufgrund der fortschreitenden Digitalisierung der
376 Gesellschaft und die Ausstattung mit entsprechenden Endgeräten
- 377 • verkehrssichere Schulwege in allen Stadtbezirken und Ortsteilen; dazu sind die finanziellen
378 Mittel für Ampeln, Fußgängerüberwege, sichere Fuß- und Radwege, Radabstellplätze,
379 Fahrdienste (für Schülerinnen und Schüler mit besonderem Förderbedarf) erheblich zu
380 erhöhen
- 381 • die Unterstützung von pädagogischen Konzepten, die eine Kooperation von Grundschule und
382 Hort noch weiter verbessern
- 383 • preisstabile Schülermobilcards und die Aufforderung an den Freistaat, ein kostenloses
384 Bildungsticket einzuführen
- 385 • die Ermöglichung einer gesunden, kostenfreien Mittagessenversorgung für Kinder und
386 Jugendliche – mindestens für diejenigen, die den Leipzig-Pass haben –, finanziert durch den
387 Freistaat Sachsen und möglichst auf der Basis einer regionalen Versorgung
- 388 • die Vereinfachung der Einreichungen und Abrechnungen von Klassenfahrten, Schulfahrten,
389 Schulausflügen und weiteren schulischen Aktivitäten
- 390 • für eine bessere Versorgung der Schulen mit Schulsachbearbeiterinnen und
391 Schulsachbearbeitern sowie Hausmeisterinnen und Hausmeistern.

392 **2.2.3. Umfassende Unterstützung und Förderung von Familie, Kindern und Jugendlichen**

393 Mit der wachsenden Stadt, der zunehmenden sozialen Differenziertheit und der fortschreitenden
394 Veränderung von Lebensweisen wachsen auch die Anforderungen an die Kinder- und Jugendhilfe.
395 Die rasanten gesellschaftlichen Entwicklungen samt der Veränderung der Arbeitswelt und

396 Arbeitszeiten, aber auch prekäre Lebensverhältnisse und verfestigte Armutslagen eines
397 beträchtlichen Teils der Leipziger Stadtgesellschaft gehen zulasten von Familien, Kindern und
398 Jugendlichen. Darüber hinaus sind vor allem Alleinerziehende von Armut betroffen.
399 Die wachsende Zahl von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund erfordert
400 die quantitative, aber auch qualitative Weiterentwicklung von Konzepten und Förderinstrumenten,
401 die Teilhabe und Integration ermöglichen. Im Zentrum stadtpolitischer Bemühungen muss die
402 gleichberechtigte und umfassende soziale und demokratische Teilhabe von Kindern und
403 Jugendlichen stehen. Dies muss durch eine adäquate personelle und finanzielle Ausstattung der im
404 Bereich der Kinder- und Jugendhilfe tätigen Akteurinnen und Akteure gewährleistet werden. Die
405 Selbstorganisation von jungen Menschen ist dabei ein zentrales Moment. Die dafür notwendigen
406 Freiräume müssen erhalten und geschaffen werden.

407 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 408 • die konsequente Ausrichtung kommunaler Entscheidungen auf die Belange von Kindern,
409 Jugendlichen und Familien mit Kindern
- 410 • ein Angebot an Prävention, Beratung und Hilfe bei kinder-, jugend- und familienrelevanten
411 Problemstellungen unter Berücksichtigung der Besonderheiten in den Ortsteilen, das der
412 wachsenden Zahl von Kindern, Jugendlichen und Familien sowie sich verändernder Probleme
413 und Bedarfe Rechnung trägt
- 414 • eine bedarfsgerechte Ausstattung der Angebote der verschiedenen Leistungsbereiche der
415 Kinder- und Jugendhilfe entsprechend der vom Jugendhilfeausschuss verabschiedeten
416 Fachstandards
- 417 • die Wertschätzung der Tätigkeit der Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe
- 418 • neue Formen aktiver Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen an
419 Entscheidungen
- 420 • die strukturelle und personelle Unterstützung des Jugendparlaments
- 421 • die gleichberechtigte Teilhabe von geflüchteten Kindern und Jugendlichen an den Angeboten
422 der Kinder- und Jugendhilfe und die Stärkung von spezifischen integrativen Projekten, die für
423 herkunftsspezifische Unterschiede, Fluchterfahrungen und Sprachbarrieren sensibilisiert
424 sind
- 425 • eine interkulturell, demokratiefördernd und geschlechtersensibel ausgerichtete
426 Jugendarbeit, die sich aktiv gegen Antisemitismus, Neonazismus, Rassismus, Sexismus und
427 weitere Formen von Diskriminierung wendet
- 428 • die Förderung selbstorganisierter, selbstverwalteter und alternativer Jugendkultur unter
429 anderem durch den Erhalt von Freiräumen
- 430 • die wesentliche Anhebung der finanziellen Zuwendungen des Freistaates an die Kommune,
431 insbesondere der Jugendpauschale
- 432 • die jährliche Steigerung des städtischen Jugendhilfeeats zur Sicherung der Kontinuität und
433 des steigenden Bedarfs an der Kinder- und Jugendarbeit
- 434 • die Anpassung der Beratungs- und Hilfeleistungen des Allgemeinen Sozialdienstes an den
435 steigenden Bedarf und die höhere Komplexität der Fälle
- 436 • bedarfsgerechte Angebote von Hilfen zur Erziehung mit dem Fokus auf die individuellen
437 Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen und die Befähigung der Eltern
- 438 • den Ausbau von Erziehungs- und Familienberatungsstellen und weiteren
439 Familienbildungsangeboten

- 440 • die Förderung einer familienspezifischen, bedarfsgerechten Familienberatung, welche den
441 besonderen Lebenslagen von Alleinerziehenden-, Patchwork- und Regenbogenfamilien
442 gerecht wird
- 443 • für die Betreuung von Kindern und Jugendlichen in Pflegefamilien als Alternative zur
444 stationären Unterbringung in Hilfe-zur-Erziehung-Maßnahmen sowie die engagierte Beratung
445 und Begleitung durch den Pflegekinderdienst.

446 **2.3. In Leipzig studieren und forschen**

447 Als Hochschul- und Forschungsstandort verfügt Leipzig über jahrhundertealte Traditionen. Die
448 entsprechenden Einrichtungen konzentrieren sich in vier Wissenschaftsräumen (Mitte, Nordost,
449 Süd, Südost) und bilden einen zentralen Faktor der Stadtentwicklung. Die Gebäude, insbesondere
450 die Neubauten, sind wesentlicher Bestandteil des Stadtbildes. Darüber hinaus prägt die stark von
451 Drittmitteln abhängige Wissenschafts- und Forschungslandschaft die offene geistige Atmosphäre
452 unserer Stadt wesentlich mit. Die knapp 40.000 Studierenden – davon fast 5.000 aus dem Ausland
453 – tragen erheblich zum Wachstum, zur Verjüngung und zur steigenden Internationalität von Leipzig
454 bei. Für viele Studierende ist Leipzig eine Station in einer hochmobilen Berufskarriere; zugleich ist
455 die Stadt für viele junge Absolventen zwar Wohnort, aber nicht zwingend auch Arbeitsort.
456 Das Profil Leipzigs als Stadt der Wissenschaften ist zu stärken. Dazu gehört neben einer klugen
457 kommunalen Raumpolitik die Verbesserung der Rahmenbedingungen sowohl der Studierenden als
458 auch der Lehrenden, u. a. durch ausreichend Kitaplätze, bessere Radwege und preiswerten
459 Wohnraum. Eine gesicherte Finanzierung des Studentenwerkes seitens des Freistaates Sachsen ist
460 eine notwendige Bedingung, um dessen Leistungen wie Wohnheim-plätze, Sozialberatung und
461 Mensen zu erhalten und dem Bedarf entsprechend zu erweitern. Eine ausreichende
462 Grundfinanzierung der Hochschuleinrichtungen unabhängig von der Drittmittelförderung stärkt die
463 Unabhängigkeit der Wissenschaftsentwicklung und würde viele Beschäftigungsverhältnisse aus den
464 Abhängigkeiten der Befristung lösen.

465 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 466 • die Vertiefung der institutionellen Zusammenarbeit zwischen der Stadt und den Akteuren
467 der Wissenschaftslandschaft unter besonderer Berücksichtigung der Universität Leipzig und
468 deren Forschungsprofil
- 469 • mehr gemeinsame wissenschaftliche Projekte zwischen Verwaltung und städtischen
470 Unternehmen mit Universität und Hochschulen
- 471 • die weitere Ausprägung eines mitteldeutschen Bildungsraumes in Richtung der
472 Universitäten Halle und Jena
- 473 • die Öffnung der Hochschulen als ergänzende Bildungseinrichtungen für alle Leipzigerinnen
474 und Leipziger (z. B. Stärkung von Seniorenkolleg und Kinderuni)
- 475 • die Schaffung einer barrierefreien Hochschullandschaft, einschließlich der Zugänge für
476 Jugendliche aus bildungsfernen Haushalten
- 477 • den Erhalt und Ausbau von preiswertem Wohnraum auch in zentrumsnahen Stadtteilen,
478 insbesondere der Studentenwohnheime
- 479 • eine studierendengerechte Mobilität durch mehr Radwege zu den Hochschulstandorten und
480 flexible Anpassung des ÖPNV zu den Stoßzeiten im Hochschulbereich sowie eine günstige
481 Kostenstruktur für Studierendentickets bei den Leipziger Verkehrsbetrieben und im
482 Mitteldeutschen Verkehrsverbund

- 483 • ein Verbot von militärischer Forschung und die Umsetzung der Zivilklausel an der Universität
- 484 Leipzig und der Hochschule für Technik, Wissenschaft und Kultur (HTWK)
- 485 • die Abschaffung der Zweitwohnsitzsteuer für Studierende.

486 **2.4. Würdevolles Leben und Teilhabe im Alter**

487 Selbstbestimmtes Altern in Würde ist ein unveräußerliches Menschenrecht und ein Lebensabschnitt
 488 mit eigenen Bedürfnissen und Ansprüchen. Ältere Menschen wollen sich gleichberechtigt in den
 489 gesellschaftlichen Alltag einbringen und bürgerschaftlich engagieren. Dazu bedarf es geeigneter
 490 Rahmenbedingungen wie der altersgerechten Gestaltung des Wohnumfeldes, entsprechenden
 491 Verkehrslösungen und tragfähigen Bedingungen in der Gesundheitsversorgung und Pflege. Zu einer
 492 lebenswerten Stadt gehört aber auch, dass sich alle Generationen begegnen (können). Es muss im
 493 privaten und öffentlichen Raum eine Atmosphäre geschaffen werden, in der sich Jung und Alt
 494 gegenseitig unterstützen und voneinander lernen.

495 In den letzten Jahren hat sich Leipzig, insbesondere durch den Zuzug aus dem Ausland, zwar
 496 erfreulicherweise verjüngt, aber immerhin ein Drittel der Bevölkerung befindet sich inzwischen im
 497 Seniorenalter (55+). In Leipzig nimmt leider die Altersarmut zu und zukünftig werden deutlich mehr
 498 Rentnerinnen und Rentner armutsgefährdet sein.

499 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 500 • mehr Mitwirkungsmöglichkeiten für Ältere in den sozialen, kulturellen und politischen
- 501 Bereichen des städtischen Lebens
- 502 • die Erarbeitung eines Rahmenkonzepts für seniorengerechte Quartiersentwicklung
- 503 • die Förderung von Mehrgenerationenwohnprojekten, auch im Bereich des sozialen
- 504 Wohnungsbaus
- 505 • den Bau von wesentlich mehr altengerechten Wohnungen und den Umbau bestehender
- 506 Wohnungen sowie die Umsetzung der entsprechenden Vorhaben im Wohnungspolitischen
- 507 Konzept (Fortschreibung 2015)
- 508 • ein Tarifsystem im ÖPNV, das für Seniorinnen und Senioren bezahlbar ist
- 509 • einen gleichberechtigten Zugang von älteren Menschen mit Migrationshintergrund zu
- 510 gesundheitlichen und pflegerischen Versorgungsleistungen
- 511 • eine Stadt der kurzen Wege (Ärzte, Einkaufsmöglichkeiten usw. in der Nähe)
- 512 • die Förderung von Mehrgenerationenwohnprojekten, auch im Bereich des sozialen
- 513 Wohnungsbaus
- 514 • die Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten im öffentlichen Raum, die
- 515 generationenübergreifend ansprechend sind
- 516 • eine Förderpolitik, die auch das Miteinander der Generationen in den Blick nimmt und
- 517 Projekte unterstützt, die generationenübergreifende Angebote schaffen

518 **2.5. Gleichstellung aller Geschlechter**

519 Die LINKE kämpft für ein offenes und gleichberechtigtes Miteinander aller Menschen – egal
 520 welchen Geschlechts – und eine tatsächliche Gleichstellung in sämtlichen Lebensbereichen. Daher
 521 fördern wir die Akzeptanz der modernen Bewegung von Lesben, Schwulen, Bi- und Transsexuellen,
 522 Transgendern und Intersexuellen (LSBTTI*). Die Anerkennung, Akzeptanz und Unterstützung
 523 vielfältiger Formen des familiären Zusammenlebens und sozialen Miteinanders und der Kampf für
 524 Frauenrechte sind für uns selbstverständlich. Gleichstellung ist eine Querschnittsaufgabe und muss

525 in allen Bereichen kommunaler Entscheidungen mitgedacht werden.
526 Leipzig ist ein Spiegelbild der gesamtdeutschen Realität. Nach wie vor finden wir soziale
527 Benachteiligung von Frauen und einen hohen weiblichen Anteil unter den geringfügig Beschäftigten.
528 Das Lohngefälle zwischen Männern und Frauen ist unverändert signifikant und beträgt derzeit 21
529 Prozent. Daraus folgt die große Gefahr der Altersarmut. Frauen sitzen darüber hinaus weniger in
530 den Chefetagen, auch bei der LVV ist das so. Familiäre und außerfamiliäre Fürsorge wird immer
531 noch größtenteils von Frauen geschultert, oft unentgeltlich oder schlecht entlohnt. Auch Hausarbeit
532 ist weiterhin oft ungleich verteilt. Frauen werden Opfer häuslicher und sexualisierter Gewalt.

533 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 534 • eine geschlechtersensible Folgenabschätzung bei allen kommunalpolitischen
535 Entscheidungen (Umsetzung des Gender-Mainstreaming)
- 536 • eine geschlechts- und familienspezifische Datenerhebung und Sozialberichterstattung
- 537 • die Stärkung des Gleichstellungsreferats sowie die rechtzeitige Einbeziehung des
538 Gleichstellungsreferats und des Gleichstellungsbeirats bei kommunalen Entscheidungen
- 539 • die Aktualisierung und konsequente Umsetzung von Frauenförderplänen in allen Bereichen
540 der Stadtverwaltung, städtischen Betrieben und Unternehmen mit städtischer Beteiligung
- 541 • die Einführung einer Frauenquote für die paritätische Besetzung von Leitungsfunktionen in
542 der Stadtverwaltung und in kommunalen Unternehmen
- 543 • die paritätische Besetzung bei der Auswahl der Referentinnen und Referenten für sämtliche
544 kommunalen und durch die Kommune geförderten Veranstaltungen
- 545 • den Erhalt und die finanzielle Absicherung bestehender Frauen- und Kinderschutzhäuser
- 546 • die Stärkung des Netzwerkes gegen häusliche Gewalt und Stalking; Runder Tisch gegen
547 Gewalt an Frauen
- 548 • den weiteren Ausbau von spezialisierten Frauenberatungsstellen
- 549 • eine Gewaltopferambulanz am Institut für Rechtsmedizin des Uniklinikums Leipzig
- 550 • die verpflichtende Fortbildung zum Thema Gewaltschutz im Jugendamt und Sozialamt
- 551 • eine offizielle Beteiligung der Stadt am jährlichen Equal Pay Day ab 2020
- 552 • die aktive Unterstützung und Förderung von erwerbslosen und geringfügig-beschäftigten
553 Alleinerziehenden beim Einstieg bzw. Wiedereinstieg in eine Berufstätigkeit mit
554 existenzsicherndem Familieneinkommen
- 555 • die Überwindung jeglicher Diskriminierung von Menschen mit gleich- und
556 mehrgeschlechtlichen Lebensweisen und den gesicherten Erhalt von Schwulen- und
557 Lesbenzentren
- 558 • die Stärkung der Position der Beauftragten für gleichgeschlechtliche Lebensweise
- 559 • weitere Maßnahmen gegen sexistische Werbung
- 560 • mehr Maßnahmen zur Unterstützung migrantischer Frauen (z. B. durch Sprachmittlerinnen
561 und Sprachmittler)
- 562 • die Durchsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes und insgesamt mehr Schutz für
563 Sexarbeit
- 564 • eine Begegnungsstätte für Frauen, um die Zusage der Stadt nach dem Abriss des Henriette-
565 Goldschmidt-Hauses einzulösen
- 566 • die Ablehnung aller Kürzungen im Bereich von Projekten und Vereinen, die für Gleichstellung
567 kämpfen.

568 **2.6. Inklusives Denken und Handeln fördern**

569 Wir bekennen uns auf der Grundlage der 2006 ratifizierten UN-Konvention über die Rechte von
570 Menschen mit Behinderung zur inklusiv gestalteten Gesellschaft. Inklusion und die Teilhabe von
571 Menschen mit Behinderung bilden ein Querschnittsthema, welches viele Lebensbereiche betrifft.
572 Mehr als ein Zehntel der Leipzigerinnen und Leipziger sind von Behinderungen und chronischen
573 Krankheiten betroffen. Manches hat sich in den letzten Jahren positiv verändert, um diesen
574 Menschen die selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu erleichtern. Mit dem nach
575 langem Diskussionsprozess beschlossenen Teilhabeplan hat Leipzig Ende 2017 eine wichtige
576 Voraussetzung für mehr Inklusion in unserer Stadt geschaffen. Auf dessen Grundlage bleibt aber
577 noch viel zu tun, um Leipzig in allen Stadtteilen barrierefrei zu gestalten. Noch zu oft scheitern
578 notwendige und mögliche Lösungen an Unwissenheit oder an vermeintlichen Sparzwängen.

579 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 580 • die vollständige Umsetzung des Teilhabeplans der Stadt Leipzig 2017 bis 2024 „Auf dem
581 Weg zur Inklusion!“
- 582 • die Stärkung des Behindertenbeirates
- 583 • den barrierefreien Zugang zu allen Einrichtungen und Dienstleistungsangeboten der
584 Stadtverwaltung, einschließlich der Wahllokale
- 585 • die Verringerung von Bearbeitungszeiten bei Belangen von Menschen mit Behinderungen auf
586 möglichst vier Wochen
- 587 • mehr Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen in der Stadtverwaltung und den
588 Eigenbetrieben
- 589 • den Ausbau der gemeinsamen Betreuung von Kindern mit und ohne Behinderung in
590 Komplexkindertagesstätten
- 591 • mehr barrierefreie Wohnungen in allen Stadtteilen zu erschwinglichen Mieten
- 592 • die beschleunigte barrierefreie Gestaltung des ÖPNV durch die flächendeckende Einführung
593 von Fahrzeugen mit Niederflurtechnik und die entsprechende Anpassung der Haltestellen
594 durch die Absenkung der Bordsteine
- 595 • die Erweiterung des Blindenleitsystems, die Kennzeichnung von Stufen und anderen
596 Hindernissen mit Signalfarben sowie die Ausstattung weiterer Straßenquerungen mit
597 akustischen Ampeln.

598 **2.7. Für eine stabile medizinische Versorgung und gute Pflege**

599 Leipzig verfügt über ein hohes Niveau bei der ambulanten und stationären medizinischen
600 Versorgung. Nicht zuletzt durch das Bevölkerungswachstum und den demografischen Wandel
601 werden auch in diesem Bereich die Herausforderungen zunehmen. Schon heute ist ein Mangel an
602 Ärzten und qualifiziertem Pflegepersonal spürbar. Insgesamt haben wir dafür Sorge zu tragen, dass
603 alle Einwohnerinnen und Einwohner, unabhängig vom Alter und Einkommen, auch künftig
604 medizinisch gut versorgt werden.

605 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 606 • den Erhalt und Ausbau kommunaler Gesundheits- und Sozialeinrichtungen, insbesondere
607 eine Stabilisierung des städtischen Klinikums St. Georg und des dort angebandenen
608 Medizinischen Versorgungszentrums (MVZ)
- 609 • einen Zuschuss zum städtischen Klinikum St. Georg aus Haushaltsmitteln

- 610 • die Unterstützung bei der weiteren Einrichtung von MVZ, vor allem in unterversorgen
- 611 Ortsteilen
- 612 • die personelle Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes, insbesondere um die
- 613 vorgeschriebenen Untersuchungen bei Kindern flächendeckend zu gewährleisten
- 614 • den Ausbau und die Qualitätssicherung sowie bessere Vernetzung der Suchtprävention vor
- 615 allem für junge Menschen sowie die stärkere Förderung von Ausstiegsprogrammen für alle
- 616 Suchterkrankten
- 617 • den Umbau und die Modernisierung der Suchtberatungs- und Behandlungsstelle "Haus Alt-
- 618 Schönefeld"
- 619 • den Abbau des Pflegekräftemangels und die bessere Bezahlung sowie mehr Ausbildung von
- 620 Pflegekräften
- 621 • die finanzielle Stärkung der Aids-Hilfe
- 622 • die interkulturelle Öffnung und Mehrsprachigkeit der kommunalen Gesundheitsdienste und
- 623 Akteure der Drogenhilfe
- 624 • die interkulturelle Öffnung und damit kultursensible Pflege, die besonderen Bedürfnissen
- 625 von pflegebedürftigen Migrantinnen und Migranten Rechnung trägt
- 626 • die Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte für Geflüchtete, die Leistungen nach
- 627 Asylbewerberleistungsgesetz beziehen und damit den Abbau von Barrieren beim Zugang zu
- 628 Gesundheitsleistungen
- 629 • die Etablierung eines Modellprojektes zur medizinischen Versorgung von Menschen ohne
- 630 Papiere und Krankenversicherung in Zusammenarbeit mit Medinetz Leipzig e.V.

631 **2.8. Öffentliche und persönliche Sicherheit durch Prävention**

632 Leipzig nimmt mit seiner Kriminalitätslage im Freistaat Sachsen seit Jahren eine besondere Stellung
633 ein. Das spiegelt sich in der Landespolitik und insbesondere bei der Personalverteilung der Polizei
634 noch nicht adäquat wider. Wir wissen, dass die öffentliche und persönliche Sicherheit und der
635 Schutz vor Kriminalität weiterhin im Fokus der Bevölkerung stehen, wobei es einen großen
636 Unterschied zwischen dem individuellen Sicherheitsempfinden und der objektiven Sicherheitslage
637 gibt. Mit der Verstärkung der Polizei und der Aufstockung des Stadtordnungsdienstes wurde darauf
638 in den letzten Jahren reagiert.

639 Gleichwohl bedeutet linke Ordnungs- und Sicherheitspolitik in erster Linie Prävention. Für uns heißt
640 das nicht die Verschärfung des Polizeirechts oder mehr Repression wie z. B. Videoüberwachung
641 oder verdachtsunabhängige Kontrollen, sondern mehr soziale Teilhabe, um die Ursachen von Gewalt
642 und Straftaten gesamtgesellschaftlich zu verringern. Ein autoritäres Sicherheitsdenken und die
643 darauf beruhende Law-and-order-Politik lehnen wir ab. Unsere Toleranz endet jedoch dort, wo
644 Menschen psychisch und physisch bedroht und verletzt sowie öffentliches und privates Eigentum
645 durch Vandalismus beschädigt oder zerstört werden.

646 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 647 • eine konsequente Beachtung der berechtigten Sicherheitsbedürfnisse aller Menschen
- 648 • den Erhalt von Mischnutzungen in den Stadtteilen, denn eine stabile Mischung von Wohnen,
- 649 Arbeiten und Einkaufen gewährleistet lebendige Stadtteile, in denen nachbarschaftliche
- 650 Fürsorge einen Schutz vor Kriminalität bieten kann
- 651 • eine bessere Berücksichtigung kriminalitätssenkender Faktoren in der Stadtgestaltung,
- 652 insbesondere bei der Verkehrsinfrastruktur und bei Neubauten (offene Straßengestaltung,
- 653 Straßenbeleuchtung usw.), um Angsträume zu verhindern

- 654 • mehr Präventionsarbeit an allen Kitas und Schulen sowie in Sportvereinen in
655 Zusammenarbeit von Jugendamt, Polizei und freien Trägern
- 656 • die Vertiefung der Sicherheitspartnerschaft zwischen Ordnungsamt, Polizei und
657 Kleingartenvereinen durch mehr finanzielle Mittel für Aufklärung und technische Prävention
- 658 • mehr finanzielle Mittel für die zielgerichtete Vertiefung der Arbeit des Kommunalen
659 Präventionsrates in den Stadtteilen unter Einbeziehung der zivilgesellschaftlichen
660 Akteurinnen und Akteure vor Ort (Bürgervereine usw.)
- 661 • den Ausbau des Systems der ehrenamtlichen Seniorensicherheitsberater
- 662 • die Stärkung der interkulturellen Kompetenz der Sicherheitsbehörden durch eine gezielte
663 Ansprache und Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund
- 664 • mehr Bürgerpolizisten mit bürgerfreundlichen Sprechzeiten in allen Ortsteilen
- 665 • die weitere personelle Stärkung des Stadtordnungsdienstes mit jährlich zehn Planstellen in
666 den Jahren 2019/2020 und dessen verstärkter Einsatz in den Ortsteilen unter
667 Gewährleistung des finanziellen Mehrbedarfs durch das Land
- 668 • die Aktualisierung der sucht- und drogenpolitischen Leitlinien der Stadt Leipzig aus dem Jahr
669 2013 entsprechend der gegenwärtigen Erfordernisse, insbesondere unter dem Aspekt der
670 überdurchschnittlich hohen Beschaffungskriminalität im Zusammenhang mit
671 Betäubungsmittelabhängigkeit
- 672 • die Möglichkeit des straffreien Konsumierens von mitgeführten Drogen durch die
673 Einrichtung eines ärztlich betreuten Drogenkonsumraumes
- 674 • die Reduzierung der Fahrraddiebstähle durch eine Offensive für abschließbare
675 Fahrradgaragen und -boxen
- 676 • eine kritische Bestandsaufnahme der stationären Videoüberwachung im öffentlichen
677 Raum und deren künftige Begrenzung auf Kriminalitätsschwerpunkte
- 678 • ein sauberes Stadtbild durch personelle, technische und finanzielle Stärkung der
679 Stadtreinigung für mehr Papierkörbe sowie für mehr Aufklärung zu den Sammelsystemen,
680 um illegale Müllablagerungen und damit verbundene Umweltschäden zu verhindern
- 681 • mehr finanzielle Mittel für legale Graffiti-Flächen
- 682 • die Gewährleistung der gesetzlich vorgeschriebenen Hilfsfristen bei Feuerwehr und
683 Rettungsdienst durch eine entsprechende Personalausstattung und zeitgemäße
684 Rettungsmittel